

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Sozialpolitik im Sozialismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1977) : Sozialpolitik im Sozialismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 11, pp. 571-574

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135133>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sozialpolitik im Sozialismus

Bruno Molitor, Würzburg

Über die Sozialpolitik in der DDR ist in der Bundesrepublik wenig bekannt¹⁾ – zumal noch bis 1967 von der DDR kategorisch bestritten wurde, daß der Sozialismus als „klassenlose Gesellschaft“ überhaupt so etwas wie einer „Sozialpolitik“ bedürfe. Professor Molitor analysiert den Stellenwert der Sozialpolitik im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik der DDR.

Als im Mai 1976 der 9. Parteitag der SED zu Asammentrat, war er von Hoffnungen begleitet, daß unter den Direktiven für den Volkswirtschaftsplan bis 1980, die er zu beschließen hatte, der sozialpolitische Fortschritt eine gewichtige Rolle spielen würde. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Die Losung hieß vielmehr: härter arbeiten und mehr investieren. Immerhin, nachträglich entschlossen sich die politischen Führungsgremien denn doch zu einem bescheidenen „lohn- und sozialpolitischen Stufenprogramm“, wahrscheinlich um Mißstimmungen in der Bevölkerung die Spitze abzubrechen und kritischen Situationen, wie sie sich etwa unter den Arbeitnehmern Polens ergeben hatten, keine Nahrung zu bieten. Aber schon im laufenden Jahr 1977 häufen sich die Funktionsstimmen, die das sozialpolitische Programm gefährdet sehen, wenn es nicht zu einer vollen Erfüllung der ehrgeizigen Plandaten kommt und „aus jeder Tonne Material und jeder Arbeitsstunde mehr herausgeholt“ wird. Die DDR-Wirtschaft hat zunehmend mit der vielberufenen Preisstabilität für die Konsumgüter zu kämpfen (die einschlägigen Subventionen bewegen sich inzwischen auf einer Größenordnung von 40 Mrd. Mark); es werden bereits Abstriche beim Wohnungsbau erwogen, dem Staatssektor sollen drastische Sparmaßnahmen verordnet und die Importe massiv gesenkt werden.

Das erscheint zunächst als erstaunlicher Befund. Denn wenn man der Ideologie glauben soll, ist die sozialistische Gesellschaft nicht nur die effizienteste, sondern „ihrer Natur nach auch die gerechteste und sozialste aller denkbaren Ordnungen“. Im Westen werden diese Superlative gemeinhin im Sinne einer sozialen Gleichheit verstanden, wie sie bei uns zum Prinzip erhoben worden ist. Aber dem liegt ein Irrtum zugrunde. Noch

bis 1967 wurde in der DDR kategorisch bestritten, daß der Sozialismus als „klassenlose Gesellschaft“ überhaupt so etwas wie einer „Sozialpolitik“ bedürfe. Die Verteilungsgleichheit ist just jene Ausprägung des Gleichheitsprinzipes, die der Marxismus-Leninismus nie für sich reklamiert hat und nirgendwo praktiziert (auch das chinesische Experiment lenkt jetzt an diesem Punkt ein). Sie wird im Gegenteil als „Sozialdemokratismus“, als „revisionistische Gleichmacherei“ verpönt, die dem Grundziel der „allseitigen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte“ nur im Wege steht. Die Arbeitsproduktivität und ihre unentwegte Steigerung ist nach den Worten Lenins „in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“. Und selbst für den kommunistischen „Endzustand“, in dem „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“ sollen, heißt die Devise nicht „Jedem das Gleiche“, sondern „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Primat des Wachstumszieles

So kann es nicht wundernehmen, daß sich in der sozialistischen Praxis alles um das Wachstumsziel dreht. Die Welt soll, wie es Schumpeter einmal ausdrückte, vom wirtschaftlichen Winkel her revolutioniert werden. Darum die ständige Betonung des Systemwettbewerbs und der „historischen Aufgabe“, in „kürzester Frist die kapital-

¹⁾ Es liegt an der Eigenart der Fachpublikationen in einem totalitären Regime, die sich durchweg an die „Papierform der Phänomene“ halten und „harmonistisch“ vorgehen, daß der Beobachter der DDR-Sozialpolitik noch am meisten aus aktuellen Informationsquellen wie „Einheit“, „Die Arbeit“, „Die Wirtschaft“ und den „Materialien der Seminare zur Weiterbildung leitender Kader des FDGB“ der Fritz-Heckert-Hochschule über Fakten und Probleme erfährt. Immerhin seien aus dem ideologisch grundlegenden Schrifttum hervorgehoben: Helga Ulbricht: Aufgaben der sozialistischen Sozialpolitik, Leipzig 1965; Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin (Ost) 1969; Autorenkollektiv: Sozialpolitik, Betrieb, Gewerkschaften, Berlin (Ost) 1972; Günter Schmunk, Gerhard Tietze: Marxistisch-leninistische Sozialpolitik, Berlin (Ost) 1975. Die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation, Systemvergleich 3“, die das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1974 herausgab, sind im Kapitel IV (Sozialpolitik) erstaunlich wenig informativ; die Autoren scheinen eher von der Kritik an den sozialpolitischen Regelungen in der Bundesrepublik präokkupiert, die offenbar ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht genug entgegenkommen.

Prof. Dr. Bruno Molitor, 50, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Instituts für Verteilungs- und Sozialpolitik an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg.

listische Produktion absolut und schließlich auch pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen“ – eine Aufgabe, die im Westen verkündet auf blankes Unverständnis stoßen würde. Darum das ununterbrochene Bombardement der Bevölkerung mit ökonomischen Erfolgsmeldungen und Produktionsermahnungen, während in unseren Massenmedien Wirtschaftsfragen als spröde und abstrakt gelten, so daß sie dem Publikum allenfalls in homöopathischen Dosen zumutbar erscheinen. Und darum endlich der Kult mit der Arbeit, aber wohlgerichtet nicht, um ihre gesellschaftliche Abhängigkeit und den – wie es bei uns heißt – Leistungsdruck zu vermindern, sondern umgekehrt: um sie als das „wahre Lebensbedürfnis“ zu preisen und die Leistungsreserven zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund darf nun auch in der DDR von der Sozialpolitik als einem „festen Bestandteil der Politik der Partei der Arbeiterklasse“ gesprochen werden; freilich gilt das nur von der „echten“ Sozialpolitik, die nicht, wie im Kapitalismus, antagonistischen Charakter trägt. In einem gewissen Sinn hat es sogar seine Berechtigung, wenn für die sozialistische Sozialpolitik ein Konflikt mit der Wirtschaftspolitik schlankweg bestritten wird. Denn es ist das Wachstumsziel, das ihr die Funktion zuweist.

Entlohnung nach Leistung

Das beginnt mit der Entlohnung der Arbeit nach dem „Leistungsbeitrag“ in der Planerfüllung. Die daraus folgende Einkommensungleichheit wird nicht etwa als ein notwendiges Übel geduldet, sondern bewußt eingesetzt, um über die „materielle Interessiertheit“ die Entwicklung der Produktivkräfte zu fördern. „Schwerpunkte der Produktion“ sollen auch „Schwerpunkte der Versorgung“ sein, und dies insbesondere „für die Werktätigen, die Weltniveau in der Produktion erzielen“. Daneben gilt es, die Belastungsunterschiede von jenen Bürgern zu honorieren, die „hohe Leistungen für die sozialistische Gesellschaft“ erbringen. Dabei kann es sich durchaus auch um die propagandistischen und agitatorischen Tätigkeiten handeln. Der formale Rigorismus, der in der DDR die in Handel, Verkehr (!), Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen Beschäftigten den „nicht produktiv Tätigen“ und ihre Löhne und Gehälter dem staatlichen Umverteilungsfonds zurechnen läßt, darf nicht zu dem Mißverständnis verleiten, hier würden etwa minder hohe Einkommen bezahlt. Im Gegenteil, überall und ausdrücklich wird eine Einkommensnivellierung abgelehnt, weil sie „unvermeidlich zur Schwächung der Produktionsdisziplin und der Verantwortlichkeit für die übertragenen Aufgaben“ führt.

Sehr sparsam geht die SED-Führung mit Versprechen zur Arbeitszeitverkürzung um, obwohl sie zumindest beim jüngeren Marx als das eigentliche Transportband der Freiheit gilt – in der Sowjetunion steht sie immerhin als programmatisches Ziel im Parteiprogramm. Für die DDR hat bislang das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens Vorrang; die Vertretbarkeit einer Arbeitszeitverkürzung „hängt von der überplanmäßigen Steigerung der Arbeitsproduktivität oder der Senkung des Krankenstandes ab“. Die für die jetzige Planperiode angekündigte Verbesserung der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation“ und die Neufestsetzung von „Kosten-Limits und Arbeitsnormen“ können gewiß einer „ausgewogeneren und gerechteren Lohnstruktur“ dienen; es gibt aber auch Befürchtungen, daß sie im Endeffekt auf einen Druck zur Plandisziplin und Mehrleistung bei gleichem Einkommen hinauslaufen. Im übrigen machen, was bei einem durchbürokratisierten Planungssystem nicht verwundert, die mit dem an sich erwünschten technischen Fortschritt einhergehenden Strukturänderungen und die „Verhinderung nachteiliger sozialer Folgen bei Arbeitskräfteumsetzungen“ erhebliche Schwierigkeiten, die das rundum harmonistische Gesellschaftsbild der Theorie Lügen strafen.

Auch im weiten Bereich der (einfachen und erweiterten) Reproduktion der Arbeitskraft bleibt die sozialistische Sozialpolitik ganz der Aufgabe verpflichtet, die Wirkungsmöglichkeiten der „ökonomischen Gesetze“ zu verbessern und die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Das gilt namentlich für das in einem „demokratischen Zentralismus“ straff organisierte Gesundheitswesen, bei dem Gesundheitserziehung, Prophylaxe und Rehabilitation einen breiten Raum einnehmen – im Westen würde man hier von investiver Sozialpolitik sprechen. Nicht minder leistungsorientiert ist die Ausbildungspolitik. Darauf und auf die rigorose Berufslenkung „entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen“ dürften in erster Linie die unverkennbaren Erfolge zurückgehen, die die DDR in diesem Bereich vorzuweisen hat. Allerdings spielen die soziale Abstammung und die politische Rechtgläubigkeit als Auswahl- und Aufstiegsriterien eine intermittierende Rolle.

Sozialpolitik als Bevölkerungspolitik

Reproduktion der Arbeitskraft – das bedeutet für die Sozialpolitik der DDR nicht zuletzt eine bevölkerungspolitische Dimension. Seit Mitte der sechziger Jahre ist die Bevölkerungsentwicklung rückläufig, was das „gesellschaftliche Arbeitsvermögen“ reduziert; auch bereitet in diesem Zusammenhang die hohe Rate der Ehescheidungen Sorgen. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen sucht man auf die Zielgröße einer „stabilen Zwei-

bis Drei-Kinder-Familie“ hinzuarbeiten, um „mindestens den Bestand der Bevölkerung, wenn nicht eine gewisse Zunahme“ zu sichern. (Die entwicklungspolitische Aufgabe einer Gastarbeiterbeschäftigung will man in der DDR nicht auf sich nehmen.) Gleichwohl bleibt eine Familienpolitik dieser Art angesichts der hohen Rate der Berufstätigkeit bei den verheirateten Frauen (mehr als 80% der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte) ein schwieriges Geschäft. Und das um so mehr, als der denkbare Ausweg einer Teilzeitbeschäftigung offiziell als gesellschaftlich unerwünscht gilt, da er „zu einer Verringerung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens nicht nur in quantitativer, sondern insbesondere auch in qualitativer Hinsicht führt“. So konzentriert sich die sozialpolitische Hilfe auf den Ausbau kollektiver Einrichtungen zur Kindererziehung.

Was die Entlastung der berufstätigen Frau von Hausarbeit anbelangt, liegt das marxistisch-leninistische Ideal in einer weitgehenden Auslagerung der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten auf gesellschaftliche Produktionsbetriebe (z. B. Waschanstalten, Speisewirtschaften u. ä.). Dieses Konzept der „Industrialisierung“ scheint die DDR-Führung jedoch in Anbetracht des gegenwärtigen Standes der Produktivkräfte noch nicht für durchführbar zu halten. Es bleibt vorläufig als der zweitbesten Lösung bei dem Versuch, den Einzelhaushalt mit technisiertem Gerät auszustatten. Aber der Prozeß kommt nur langsam voran, da gerade auf dem Gebrauchsgütersektor die Versorgungslücken notorisch und die Preise im Vergleich zum Durchschnittslohn hoch sind, so daß sich diese Entlastung am ehesten die besser situierten Haushalte zunutze machen können. Inwieweit hier die sogenannten Gestattungsproduktionen (eine Art Lizenzherstellung zum Beispiel westdeutscher Erzeug-

nisse) Erleichterung verschaffen können, steht dahin, zumal es nicht an Kritik aus den eigenen SED-Reihen fehlt.

Kollektivierte Freizeit

Indes, die Verlagerung der Kinderbetreuung auf gesellschaftliche Einrichtungen und der Haushaltstätigkeiten auf den Dienstleistungsbereich (und, was das anbelangt, die Verringerung von Wege- und Wartezeiten, die bislang freilich bei der eingestandenen „Lückenhaftigkeit und Unbeständigkeit der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs“ weitgehend Programm ist) sind nur Teile einer größeren Konfession. Sie trägt den Namen „Gesetz der Ökonomie der Zeit“, wobei es sich, wie auch in anderen Fällen der sogenannten Gesetze des Sozialismus, natürlich nicht um eine irgendwie wissenschaftlich begründete Gesetzmäßigkeit der Erfahrungswelt handelt, sondern um eine Norm, die die Ideologie vorschreibt. Als solche folgt sie konsequent aus dem politischen Primat der Arbeit und des Wirtschaftswachstums. Dieser macht keineswegs halt vor dem, was im Westen Freizeit heißt.

So wie sich im Sozialismus der Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft auflöst, soll auch die Trennung zwischen der Sphäre von Arbeit und anderen Lebensbereichen aufgehoben sein. Darum der Ausbau volkseigener Erholungs- und Urlaubszentren, darum die Kollektivierung von Sport, Unterhaltung und Kunst. Und darum vor allem die inhaltliche Ausrichtung der ganzen Veranstaltung auf die „Schaffung des sozialistischen Menschen“, dem „Schaffenskraft, Kollektivegeist und Verteidigungsbereitschaft“ über alles geht – wobei es immer wieder erstaunt, daß es den SED-Agitatoren offenbar gar nicht auffällt,

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Ahmad Naini

BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Das starke Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern und seine wirtschaftlichen und sozialen Folgeerscheinungen gehören zu den wichtigsten Gegenwartsproblemen. In der vorliegenden Studie werden vor dem Hintergrund der aktuellen Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse in Entwicklungsländern die Gesamtproblematik der sogenannten „Bevölkerungsexplosion“ dargestellt und Lösungsmöglichkeiten beurteilt.

Großoktav, 152 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 34,-

ISBN 3-87895-162-0

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

wie sehr diese Art Propaganda bis in die sprachlichen Metaphern jener anderer totalitärer Systeme ähnelt.

Soziale Sicherung

Was die Arbeitnehmer in den nicht-kommunistischen Ländern an erster Stelle mit dem Begriff der Sozialpolitik verbinden, nämlich die Soziale Sicherung, spielt in der sozialistischen Praxis eine durchaus abgeleitete Rolle; auch an diesem Punkt bleibt sich das marxistisch-leninistische Konzept treu.

Erstens werden soziale Transferzahlungen restriktiv am Kriterium der Arbeitsunfähigkeit orientiert. In der DDR erhalten Kriegsgeschädigte nur eine Rente, wenn sie Invalide sind. Es gibt keine (gegenüber der Arbeitsfähigkeit) „unbedingte“ Witwenrente und auch keine Berufsunfähigkeitsrenten, sondern nur Leistungen bei Erwerbsunfähigkeit. Eine Sicherung bei Fluktuationsarbeitslosigkeit entfällt. Und Fürsorgeleistungen sind äußerst begrenzt, weil unzureichende Einkommenslagen „primär durch Mehrarbeit“ behoben werden sollen.

Zweitens wird der Abstand zwischen den Erwerbseinkommen und den Altersrenten hoch gehalten; die durchschnittliche Sozialversicherungsrente macht kaum 30% des durchschnittlichen Monatslohnes der Beschäftigten in volkseigenen Betrieben aus: Eine der Bundesrepublik vergleichbare Rentendynamisierung fehlt. Dahinter steht ganz offensichtlich das Ziel, daß ein möglichst großer Teil der Rentner in dieser oder jener Form weiterarbeitet und dabei, als struktureller Nebeneffekt, jene Tätigkeitsarten besetzt werden können, die für jüngere Arbeitnehmer weniger anziehend sind. Daß die Rentner durchweg eines Nebenverdienstes bedürfen, wird auch daraus klar, daß das absolute Niveau der Transferzahlungen zwar das Existenzminimum bestreiten läßt, aber überwiegend durch die Ausgaben für den im engsten Sinne lebensnotwendigen Bedarf (besonders Ernährung) mit Beschlag belegt ist.

Drittens charakterisiert die Rententechnik eine ausgesprochene Nivellierungstendenz (z. B. Mindest- und Höchstbeträge). Hier kann gleichsam schadlos das Gleichheitsprinzip zum Zuge kommen, durch das man sich bei der Entlohnung der aktiven Arbeitnehmer aus Produktivitätsgründen nicht behelligen läßt. Gleichwohl wird auch an diesem Ende das Prinzip durchbrochen: Für die sogenannte wissenschaftliche, technische und künstlerische Intelligenz, für Volksarmee und Volkspolizei und überhaupt für „verdiente Staatsbürger“ gibt es einen höheren Rentensteigerungssatz bzw. Zusatzbeträge, die für eine „Erhaltung des Lebensniveaus“ sorgen sollen. Und im übrigen wird eine freiwillige Höherversicherung geg-

stattet, weil der einzelne „trotz aller Fürsorge des sozialistischen Staates“ auch eine „persönliche sozialpolitische Verantwortung“ hat.

Natürlich kennt die marxistische Theorie kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, und die „freien Berufe“ sollen mehr oder minder in ein öffentliches Angestelltenverhältnis transformiert, also Arbeitnehmer werden. Daß damit jedoch „alle Bürger in eine gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln der gesamten Gesellschaft“ gebracht wären, worin Lenin die spezifisch sozialistische Gleichheit sah, muß füglich bezweifelt werden. De facto sind es jetzt eben privilegierte Staats- (oder was auf das Gleiche hinausläuft: Partei-)funktionäre, die über „das Kapital“ verfügen, und natürlich bleiben auch in der DDR die Unternehmen auf eine Mehrwerterzielung angewiesen. Denn sie müssen als eine Art Sollverzinsung des eingesetzten Betriebsvermögens Abgaben an den „Akkumulationsfonds“ leisten, aus dem sich die Neuinvestitionen speisen. Ebenso hat sich die arbeitsteilige Trennung von Planung und Ausführung, von Über- und Unterordnung im Betrieb überall als eine im Prinzip invariable Struktur der industriellen Produktion herausgestellt, wie immer die Gesellschafts- und Regierungsform sonst aussehen mag. Den sozialistischen Betrieben kann eher eine ausgiebige und verfeinerte Technik der „horizontalen“ bzw. indirekten Kontrolle bescheinigt werden, die eine erhöhte Arbeitsdisziplin (und gar die Ideologietreue) sichern sollen. Zum eigentlichen Kampffeld werden die Konflikte zwischen den Betriebsvertretungen und den überbetrieblichen Lenkungs-bürokratien.

„Arbeitslose“ Einkommen

Und schließlich wird die Beseitigung von „arbeitslosen“ Einkommen in der sozialistischen Praxis keineswegs buchstäblich genommen. Es gibt Zinsen für Spareinlagen und die Chance zu erben. Betriebe „auf privater Basis“ werden zumal im Reparatur- und Dienstleistungsbereich „planmäßig in die Lösung der Versorgungsaufgaben einbezogen“; gerade erst wieder verkündet das höchste Gremium in der DDR für das private Handwerk steuerliche Erleichterungen und eine energische Förderung des einschlägigen Nachwuchses. Von der Möglichkeit, daß Private sich im Wege der Kreditvergabe sogar direkt am Unternehmensertrag beteiligen können, hört man im Unterschied etwa zu Jugoslawien aus der DDR bislang nichts. Dafür wird hier aber ein privater Devisenbesitz bis zu 30 000 DM erlaubt und gegen alle ideologische Kritik der Ausbau des Intershop-Netzes vorangetrieben, wenn auch der Parteichef hofft, daß es nicht „ein ständiger Begleiter des Sozialismus“ bleiben müsse.